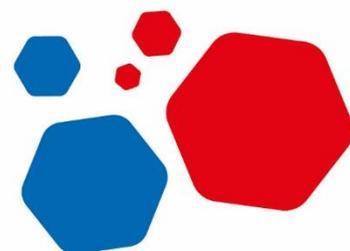


Stellungnahme des Deutschen Kinderhilfswerkes für den Unterausschuss Parlamentarisches Begleitgremium COVID-19-Pandemie zum Thema "Lernen und Lehren während der Pandemie"

I. Herausforderungen

Neben den Ausgangsbeschränkungen haben die monatelangen Schließungen von Kitas, Schulen und außerschulischen Einrichtungen bzw. der zu großen Teilen eingeschränkte Präsenzunterricht mit am stärksten in die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen eingegriffen. Kinder und Jugendliche entwickeln wichtige Kompetenzen in der Interaktion, der Begegnung, in der Auseinandersetzung mit anderen. Sie können den unmittelbaren Kontakt noch schlechter als Erwachsene durch elektronische Medien oder Telefonate ausgleichen. Dies gilt insbesondere für jüngere Kinder und Kinder ohne Geschwister. Kinder verlieren in Lockdown-Phasen zudem wichtige Bindungspersonen, können diesen Verlust aber zumeist nicht nachvollziehen. Denn Schule und Kindertagesbetreuung sind nicht nur ein Lernort, sondern auch ein Lebensort, an dem Kinder Freunde und Freundinnen treffen und anderen Ansprechpersonen außerhalb der Familie begegnen.

In der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen gibt es Entwicklungsphasen, die sich öffnen und wieder schließen. Fehlen in diesen Phasen Erfahrungen, so können sich Fähigkeiten unter Umständen nur unzureichend bzw. gar nicht voll entwickelnⁱ. Wie sich kritische und sensible Phasen auf die kindliche Entwicklung auswirken können, wissen wir aus dem Spracherwerb. „Muttersprachliche“ Kompetenz wird in einer Sprache in der Zeit bis zum Ende des sechsten oder siebten Lebensjahres gebildet. Danach schließt sich das Fenster. Natürlich können dennoch fremde Sprachen zu einem späteren Zeitpunkt erlernt werden, allerdings erfordert dies mehr Aufwand. Ähnlich verhält es sich etwa mit Fähigkeiten, wie Einfühlungsvermögen, Gerechtigkeitsempfinden oder Selbstkontrolleⁱⁱ. Wir haben es daher bei den Auswirkungen der Lockdowns mit langfristigen Folgen bei Kindern und Jugendlichen zu tun, die uns noch viele Jahre beschäftigen werden. Gleichzeitig sind schon jetzt viele Implikationen deutlich erkennbar. Dies zeigen die Ergebnisse einer ganzen Reihe von Studien, in denen Kinder und Jugendliche sowie Eltern zu ihrer Sicht befragt wurden (u.a. JuCo-Studie/KiCo-Studie, COPSY-Studie, Befragung der DAK-Gesundheit zu Homeschooling, Schulerhebung Uniklinikum Leipzig). Gerade die Isolation und die Kontaktbeschränkungen hatten bei vielen Kindern und Jugendlichen auch dann Auswirkungen auf die Psyche, wenn sie nicht unter besonderen Belastungen,



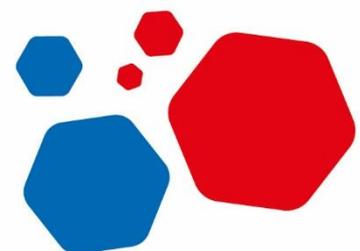
wie beispielsweise Gewalt in der Familie, litten. Angstzustände und andere Verhaltensauffälligkeiten haben z.B. laut der COPSY-Studie in der Breite zugenommen. So hatten, um nur ein Beispiel zu nennen, vor der Pandemie 21 Prozent der Kinder mindestens einmal pro Woche Bauchschmerzen, nach der ersten Welle 31 Prozent und nach der zweiten Welle 36 Prozent der Kinderⁱⁱ. Die vielerorts dramatischen Berichte aus Kinder- und Jugendarztpraxen, aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder auch aus den Kinderhäusern des Deutschen Kinderhilfswerkes zeigen ganz deutlich, dass sowohl Ängste bis hin zu Depressionen bei Kindern und Jugendlichen als auch innerfamiliäre Konflikte deutlich zugenommen haben. Insbesondere in armen Familien sind Kinder besonderen Belastungen ausgesetzt, wenn die Familie in beengten Wohnverhältnissen lebt oder die Eltern sogar um die finanzielle Existenz bangen müssen. Diese multiplen Belastungen erhöhen das Risiko von Konflikten oder sogar Gewalt.

Neben den psychologischen Auswirkungen der mit der Krise verbundenen Einschränkungen war auch das Homeschooling für Kinder und Eltern eine Belastungsprobe. Eine Umfrage des Medienpädagogischen Forschungsverbundes Südwest unter 12- bis 19-jährigen aus dem ersten Pandemiejahr zeigt, dass das Homeschooling recht unterschiedlich verlief: 30 Prozent der Schüler*innen bekamen zu Beginn der Schulschließung Aufgaben und hatten anschließend kaum Kontakt zu ihren Lehrkräften. Gut die Hälfte der Schüler*innen bzw. deren Eltern (56 Prozent) erhielten regelmäßig Aufgaben per E-Mail, jede*r Zehnte bekam Arbeitsaufträge via WhatsApp^{iv}.

Wir haben erlebt, dass sich die Lehrer*innen in weiten Phasen der Pandemie nicht abgesprochen haben, die Kinder mit Hausaufgaben überhäuft wurden. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass Eltern keine Ersatzlehrer*innen sind, auch für sie ist es schwierig den Schulstoff ab einer bestimmten Klassenstufe, und je nach Bildungshintergrund, nachzuvollziehen. Für Eltern im Homeoffice bedeutete Homeschooling oft eine zusätzliche Belastung – sie konnten den Bedürfnissen der Kinder oft nicht gerecht werden, mussten diese häufig zurückweisen. Dadurch stiegen innerfamiliäre Belastungen.

Während des zweiten Lockdowns ist bei den jüngeren Schüler*innen überdies eine erhebliche Reduktion der individuellen Lernzeit festzustellen. Eine Elternbefragung des ifo-Instituts zeigt, dass 23 Prozent der Kinder sich nicht mehr als zwei Stunden am Tag mit der Schule beschäftigten^v.

Bei der digitalen Ausstattung sind nach einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Robert Bosch Stiftung die Schulen in Deutschland nach Auffassung von Lehrer*innen selbst trotz Corona-Krise kaum vorangekommen^{vi}. 61 Prozent der befragten Lehrkräfte gaben an, dass sie weniger gut oder schlecht auf den Fernunterricht vorbereitet seien. Dieser Wert ist im Vergleich zum April letzten Jahres (66 Prozent) nur wenig gesunken. Trotzdem haben die Lehrer nach eigenen Angaben beim Einsatz von Geräten und Software dazugelernt. So berichteten 62 Prozent der Befragten, digitale Technik zur Vermittlung und



Aneignung neuer Lerninhalte zu nutzen - zum Beispiel für die Erstellung eigener Erklärvideos. Zu Beginn der Pandemie im Frühjahr machten dies nur 36 Prozent.

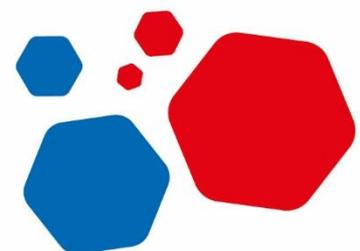
II. Lösungen

Voranzuschicken ist, dass kein einseitiger Blick auf Kinder als Schüler*innen und damit die entstandenen Bildungslücken geworfen werden darf. Kinder und Jugendliche brauchen nun, wie Erwachsene, Zeit für Erholung aufgrund der erfahrenen Belastungen und soziale Interaktion, um das Erlebte aufzuarbeiten. Im Schulkontext braucht es entsprechend Zeit und Raum, mit Bildungsversäumnissen sollte sensibel und in keinem Fall stigmatisierend umgegangen werden. Auch sollte Kindern und Jugendlichen keine Freizeit bzw. keine Ferien genommen werden, nur um Bildungsstoff nachzuholen. Nichtsdestotrotz und umso mehr gilt es einen ganzheitlichen Blick auf die Bedarfe im Nachgang der Coronakrise zu legen.

A. Förderung von Bildungsangeboten für Kinder aus finanziell benachteiligten Verhältnissen

Wie dargestellt wirkt sich die Krise besonders schwerwiegend für Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Lebensverhältnissen aus. Gleiches gilt auch für Kinder, die mit ihren Familien in Flüchtlingsunterkünften leben. Es besteht die Sorge, dass diese Kinder abgehängt werden, da die technische Ausstattung und die Unterstützungsmöglichkeiten durch die Eltern fehlen und der Spracherwerb unzureichend unterstützt wurde. Auch Kinder mit erhöhtem sozialpädagogischem Förderbedarf haben hinsichtlich der Bildungsgerechtigkeit bei Schließungen schwerwiegende Nachteile.

Das Deutsche Kinderhilfswerk empfiehlt die Einrichtung eines Sonderfonds für Kommunen, aus dem temporäre Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Verhältnissen finanziert werden, etwa durch eine Verstärkung von Angeboten der Hausaufgabenhilfe oder der Schulsozialarbeit. Denn Lehrkräfte sind nach der Wiedereröffnung der Schulen mit größeren Bildungslücken insbesondere von Kindern aus armen Familien konfrontiert, die nicht durch einmalige Programmaufstockungen aufgefangen werden können. Auch gilt es, neue unbürokratische und niedrigschwellige Wege zu finden, um insbesondere benachteiligten Kindern den Zugang zu Bildungs- und Teilhabeleistungen zu garantieren. Langfristig darf Schule nicht auf Unterstützungsformen mit stigmatisierendem Charakter setzen, sondern muss durch eine ausreichende Personalausstattung die Binnendifferenzierung im Unterricht ermöglichen sowie Beziehungsarbeit leisten können, um den individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen von Kindern generell gerecht zu werden. Dazu muss in verschiedenen Bereichen, wie im Folgenden dargestellt wird, grundlegend im Bildungssystem nachgesteuert werden.



B. Digitale Bildungsoffensive

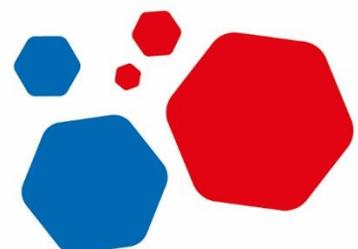
Es benötigt einen umfassenden Schulentwicklungsprozess, der die digitale Weiterbildung und die Medienkompetenz bei Lehrkräften und Schüler*innen fördert und evaluiert. Das Aus- und Weiterbildungssystem für Fachkräfte muss grundlegende Digitalkompetenzen vermitteln, dafür braucht es bundesweite Standards. Digitale Bildung ist mehr als „einfach nur“ der Einsatz von Medientechnik – es braucht vor allem ein didaktisches Konzept für medial vermittelte Bildungsformen, das je nach Anforderungen der Lehrkraft angepasst werden muss. Eine entsprechende technische Ausstattungssituation in den Bildungseinrichtungen vorausgesetzt, müssen Fachkräfte auch in der Lage sein, Lehren und Lernen ohne Präsenzunterricht und ohne eine Überlastung der Ressource Eltern zu konzipieren und umzusetzen. Darüber hinaus sind geeignete kostenlose und niedrigschwellige Lernplattformen und -portale einzurichten und/oder der Zugang zu bestehenden besser zu ermöglichen.

Der Digitalpakt macht deutlich, dass die Bundesländer ihre Verantwortung bei der Ausstattung der Schulen sehr unterschiedlich wahrnehmen. Sollten verschiedene Bundesländer ihrer Verantwortung weiterhin nicht nachkommen, muss über eine Modernisierung des Bildungsföderalismus nachgedacht werden.

C. Fachkräfteoffensive

Um nachhaltig und krisenfest gute Betreuung, Erziehung und Bildung zu gewährleisten, müssen mit Nachdruck zielgerichtete Fachkräfteoffensiven für Hort, Kindertagesbetreuung und Schule gestartet werden. Diese müssen sich sowohl auf die Neugewinnung zusätzlichen Personals beziehen als auch auf die qualitative Anpassung von Ausbildungsgängen. Hierfür müssen Ausbildungs- und Studienkapazitäten erweitert und die Ausbildungs- und Weiterbildungscurricula so angepasst werden, dass sie den tatsächlichen Bedarfen von Fachkräften in der Praxis wieder zeitgemäß genügen. Auch Medienbildung muss ein verbindlicher Bestandteil der Fachkräfteausbildung werden. Nicht zuletzt gilt es aber auch die Arbeitsbedingungen in den Blick zu nehmen, um die Attraktivität der Berufsfelder zu erhöhen. Eine solche Fachkräfteoffensive ist zur Qualitätsentwicklung in Schule und Kindertagesbetreuung immer wieder eingefordert worden, die Corona-Krise wirkt nun wie ein Brennglas hinsichtlich der bildungspolitischen Versäumnisse auf Bundes- und Landesebene.

Kurzfristig gilt es, die Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte in Kitas und der Lehrkräfte in Schulen im Hinblick auf auftretende psychische Probleme bei den Kindern zu sensibilisieren und im Umgang damit zu schulen. Dies sollte ergänzt werden durch die stärkere Einbeziehung außerschulischer Partner, z.B. der Schulsozialarbeit und eine qualifiziertere Zusammenarbeit mit den Horten.

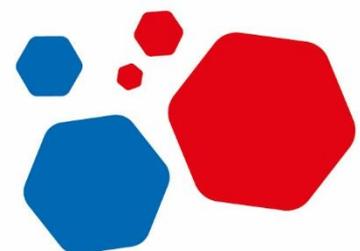


D. Schulbauoffensive

Die Corona-Krise zeigt darüber hinaus, dass viele Schulgebäude sanierungsbedürftig sind. Die Gebäude sind häufig marode, es gibt Risse in den Fassaden, undichte Dächer und Fenster und die Toiletten/Sanitäreinrichtungen sind heruntergekommen oder auf zu wenig Schüler*innen ausgelegt. Auf vielen Schultoiletten fehlen Seifenspender. Entsprechend sind regelmäßiges und gründliches Durchlüften der Klassenzimmer sowie Hygienemaßnahmen wie Händewaschen oft nur begrenzt möglich. Der massive, seit Jahrzehnten verschleppte Sanierungsstau muss von den Kommunen endlich angegangen werden, um Kindern eine gute Lernumgebung zu bieten. Bund und Länder sind dazu angehalten, die Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderung stärker als bisher zu unterstützen. Nötig wäre ein entsprechend ausgestattetes Investitionspaket für Schulsanierungen. Dieses sollte an die Bedingung der aktiven Beteiligung der Schulgemeinschaft, allen voran der Schüler*innen, geknüpft sein und auch die Außenräume einbeziehen. Vielerorts fehlt das Bewusstsein, dass Schulgebäude und vor allem auch der Außenraum als "dritter Pädagoge" eine wichtige Funktion im schulischen Alltag einnehmen und daher wesentlich vehementer als bisher ein Augenmerk auf eine schüler*innenfreundliche, anregende Gestaltung gelegt werden muss. Wir brauchen Schulgebäude, die eigenständiges Lernen ermöglichen, in denen sich die Kinder flexibler als bisher frei im Raum bewegen oder sich in kleineren Lerngruppen zusammenschließen können. Zudem braucht es ein Außengelände, das auch ein Lernen und vielseitigen Aufenthalt im Freien ermöglicht – mit grünem Klassenzimmer und/oder einem naturnah gestalteten Schulhof, etwa mit Ruhezeiten oder einem Schulgarten. Wir brauchen Räumlichkeiten, die nicht einzig darauf ausgerichtet sind, ganztägig im Klassenverband mit 30 Schüler*innen auf engstem Innenraum zu verweilen. Insbesondere im Ganztags schulbetrieb sind hier erhebliche Veränderungen nötig – es braucht nicht nur konzeptionelle, sondern an vielen Schulstandorten in der Tat auch massive bauliche Veränderungen.

E. Beteiligungsoffensive

Kinder haben ein Recht auf Beteiligung, in allen Angelegenheiten, die sie betreffen. In der Krisensituation zeigt sich nun deutlich, dass Zugänge zu politischer Beteiligung für Kinder und Jugendliche nicht vorhanden sind bzw. nur schmückendes Beiwerk für Schönwetterphasen zu sein scheinen, denn in der aktuellen Krise wiederholt sich ein bekanntes Muster: Wenn es um Entscheidungen mit Tragweite geht, wird die Meinung der Kinder und Jugendlichen nicht berücksichtigt. Ihr Beteiligungsrecht an den politischen Entscheidungen wird schlichtweg übergangen. Hier ist eine Kehrtwende hin zu echter Mitbestimmung notwendig. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerks ist daher unerlässlich, dass bei allen Gesetzen, Erlassen und weiteren Maßnahmen, die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie beschlossen

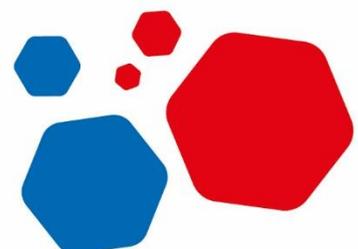


werden, die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht nur wesentlich berücksichtigt werden, sondern sie selbst angehört und an Entscheidungsprozessen durch geeignete Maßnahmen beteiligt werden. Dazu gehört beispielsweise der Dialog mit Schüler*innenvertretungen zum Lernen über digitale Medien.

Damit Kinder ihre Mitbestimmungsrechte kennen, benötigen sie einen Rahmen und die Möglichkeit, demokratische Methoden der Mitbestimmung zu erfahren, zu erproben und umzusetzen. Hierfür braucht es in Schulen tatsächliche Mitbestimmungsmöglichkeiten, die über einen „Projektcharakter“ hinausreichen, mit dem Ziel einer lebendigen und demokratischen Schulkultur. Das bedeutet, dass die Beteiligung der Schüler*innen als fester Bestandteil der Schulkultur und konzeptionell im Schulprogramm implementiert ist. Eine partizipative Grundhaltung aller Fachkräfte ist hierfür Grundvoraussetzung. Auch das Recht auf Mitbestimmung und Beschwerde in Kindertageseinrichtungen und stationären Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ist bei Weitem noch nicht ausreichend verwirklicht. Die Gründe hierfür liegen zu großen Teilen im fehlenden Hintergrund- und Methodenwissen vieler pädagogischer Fachkräfte. Für die Erfüllung dieser Aufgaben bedarf es Qualifizierungsmaßnahmen und eine Anpassung der Ausbildung von Lehrer*innen. Daneben sollte das Beteiligungsrecht in Schulgesetzen, Landesverfassungen und nicht zuletzt dem Grundgesetz, als leitendes, über allen anderen Rechtsnormen stehendes Gesetz, verankert werden, um dem bestehenden Umsetzungsdefizit entgegenzuwirken.

F. Besondere Maßnahmen zur Bewegungsförderung

Schüler*innen in allen Jahrgangsstufen konnten lange Zeit keinen regulären Unterricht erhalten – der Anschluss an einen „normalen“ Schulbetrieb kann daher nicht einfach durch bloße Rückkehr zum Stundenplan erfolgen. Dies betrifft, neben der Förderung der sozialen Interaktion und Aufarbeitung der Krise, insbesondere die Themen Ernährung und Bewegung. Schon vor der Pandemie bewegten sich Kinder und Jugendliche zu wenig. Nur 26 Prozent der Kinder und Jugendlichen erfüllten die Mindestanforderung der Weltgesundheitsorganisation WHO von einer Stunde Bewegung am Tag mit mindestens moderater Intensität. Im zweiten Lockdown nahmen die Aktivitäten noch einmal erheblich ab. Waren es im ersten Lockdown noch 146,8 Minuten am Tag, waren es im zweiten Lockdown nur noch 62,2 Minuten. Vor allem Aktivitäten mit höherer Bewegungsintensität fehlten. Seit über einem Jahr fand und findet kein oder fast kein Schulsport oder Sport im Verein statt. Sportstätten um selbstständig aktiv zu werden, z.B. Fußballplätze oder Schwimmbäder haben erst seit kurzen wieder ihren Betrieb aufgenommen. Mittlerweile haben wir in Deutschland zwei Schuljahrgänge ohne schulischen Schwimmunterricht und dadurch vielen Nichtschwimmer*innen.



Deshalb: Erforderlich ist der Ausbau einer bewegungsfördernden Infrastruktur für Kinder und Jugendliche, idealerweise tägliche Bewegungsangebote in Kitas, Schulen und Vereinen. Dabei gilt es niedrigschwellige Wege zu finden, um insbesondere benachteiligten Kindern den Zugang zu Bildungs- und Teilhabeleistungen zu garantieren. Beispielsweise würden nach einer Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerkes 86 Prozent der Kinder das Angebot einer einjährigen beitragsfreien Mitgliedschaft in einem Sportverein wahrnehmen. Langfristig bietet der qualitative Ausbau des Ganztags unter Einbezug der Kinder- und Jugendhilfe bietet gute Möglichkeiten, entsprechende Angebote regelhaft in den Schulalltag zu integrieren.

G. Förderung psychosozialer Hilfsangebote

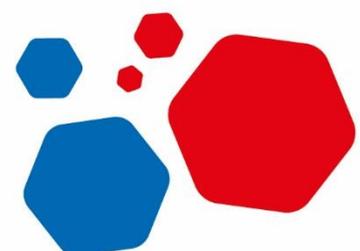
Schon vor der Pandemie zeigte sich, dass insbesondere Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status und Kinder von Eltern mit psychischen Belastungen besonders häufig von psychischen Erkrankungen betroffen sind. Zwar fehlen verlässliche empirische Studien zu psychischen Folgewirkungen durch die Pandemie, jedoch schätzten in einer repräsentativen längsschnittlichen Befragung von Kindern und Jugendlichen (10-17 Jahre) und deren Eltern ca. 35 Prozent bzw. 30 Prozent der Befragten ein, dass ihre psychischen Belastungen während des 1. Lockdowns gegenüber präpandemischen Werten zugenommen haben^{vii}. Die COPSY-Studie weist auf eine Zunahme psychischer Auffälligkeiten wie Hyperaktivität und emotionale Probleme sowie die Zunahme psychosomatischer Beschwerden bei vielen Kindern und Jugendlichen hin.

Es gibt daher genügend Anlass, den Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu begegnen. Hierzu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Sensibilisierung und Schulung pädagogischer Fachkräfte in Kitas, Horten und Schulen und der Ausbau der bestehenden Infrastruktur im Bereich der Schulsozialarbeit (s.o.).
- Förderung eines gesunden Lebensstils, insbesondere durch regelmäßige sportliche Aktivitäten (s.o.)
- Ausbau psychologischer und psychosoziale Hilfsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern.

H. Besondere Maßnahmen in der Schuleingangsphase

Schuleingangsuntersuchungen (z.T. auch U-Untersuchungen) die ein relevantes Instrument für die Frage des Entwicklungsstandes sein können, fanden im vergangenen Jahr häufig nicht statt. Ein enges Monitoring der Kindergesundheit – wie es für anderen Jahrgänge erfolgt ist – fehlt also. Dies ist deshalb alarmierend, weil die frühkindlichen Angebote in Kita und Kindertagespflege über die Dauer etwa eines Jahres von vielen Kindern nicht



oder nur eingeschränkt genutzt werden konnten. Im Bereich der Sprachförderung fehlte es bei vielen Kindern dadurch an relevanter Unterstützung. Gleiches gilt für das Erlernen von Sozialverhalten mit Gleichaltrigen und in der Gruppe, das Erleben von Regeln und Interaktion.

Dringend notwendig ist daher die Tests nicht nur nachzuholen, sondern auch zu qualifizieren, damit die spezifischen Folgewirkungen der Pandemie, die entsprechenden Entwicklungsdefizite bei Kindern schnell erkannt werden, bevor sich „Erfahrungsfenster“ schließen (s.o.).

ⁱ Vgl. Werker, Janet F., und Takao K. Hensch. 2015. „Critical Periods in Speech Perception: New Directions“. Annual Review of Psychology 66 (1): 173–96. Abrufbar unter: <https://doi.org/10.1146/annurev-psych-010814-015104>

ⁱⁱ Vgl. Leopoldina, 8. Ad-hoc-Stellungnahme vom 21. Juni 2021, Kinder und Jugendliche in der Coronavirus-Pandemie: psychosoziale und edukative Herausforderungen und Chancen, S. 5

ⁱⁱⁱ Ravens-Sieberer, U, Kaman, A, Otto, C, Adedeji, A, Devine, J, Erhart, M, Napp, AK, Becker, M, Blanck-Stellmacher, U, Löffler, C, Schlack, R, & Hurrelmann, K.: Psychische Gesundheit und Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen während der COVID-19-Pandemie. In: D. Dohmen & K. Hurrelmann (Hrsg.), Generation Corona? Wie Jugendliche durch die Pandemie benachteiligt werden. Beltz Juventa. 2021: 248–260.

^{iv} JIMplus 2020 Corona Zusatzuntersuchung, abrufbar unter:

<https://www.mpfs.de/studien/jim-studie/jimplus-2020/>

^v Wößmann, Ludger, Freundl, Vera, Grewenig, Elisabeth, Lergetporer, Philipp, Werner, Katharina und Larissa Zierow. Bildung erneut im Lockdown: Wie verbrachten Schulkinder die Schulschließungen Anfang 2021? ifo Institut, München, 2021.

ifo Schnelldienst, 2021. Abrufbar unter: <https://www.ifo.de/node/62918>

^{vi} Das Deutsche Schulbarometer, abrufbar unter: <https://deutscheschulportal.de/unterricht/lehrer-umfrage-deutsches-schulbarometer-spezial-corona-krise-folgebefragung/>

^{vii} Paschke, Kerstin, Nicolas Arnaud, Maria Isabella Austermann, und Rainer Thomasius. 2021. „Risk Factors for Prospective Increase in Psychological Stress during COVID-19 Lockdown in a Representative Sample of Adolescents and Their Parents“. BJPsych Open 7 (3): e94. <https://doi.org/10.1192/bjo.2021.49>.

